

Niederschrift

über die Verhandlungen in der 14. Sitzung des Kreistags am 29.10.2001 im Großen Sitzungssaal, 45657 Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr
Ende der Sitzung: 13:25 Uhr

Unter der Leitung von Landrat Welt nahmen teil:

Kreistagsmitglieder

Herr Adler
Herr Bakenfelder
Herr Becker
Herr Beckmann
Herr Beyer-Peters
Frau Boeren
Frau Bolder
Herr Burmester
Herr Dargel
Herr Erbguth
Frau Gastreich
Herr Goretzky
Herr Gorski
Herr Grabowski
Frau Gruse-Kettler
Frau Gutjahr
Herr Hardes
Herr Hegemann
Herr Hölting
Herr Hückelkamp
Frau Huxel
Herr Kamperdick
Herr Dr. Kasperek
Herr Klieve
Herr Knappmann
Frau Knopf
Frau Köhl
Frau Kölnberger
Frau Korun
Frau Krakowski
Herr Krekeler
Frau Kroll
Herr Lassak
Herr Lenßen
Herr Linau-Seifer
Herr Lind

Herr Loick
Herr Lütkenhaus
Herr Marschewski
Herr Menzel
Herr Neisen
Herr Nübel
Herr Paul
Herr Philippi
Herr Plantenberg
Frau Puschadel
Herr Rausch
Frau Ruloffs
Herr Rusche
Herr Salje
Herr Samson
Frau Scheffler
Herr Schubert
Frau Seibel
Frau Seifert
Herr Siebert
Herr Stabenau
Frau Steinheuser
Frau Steininger-Bludau
Frau Stuckel-Lotz
Herr Thorwesten
Herr Urban
Herr Vaupel
Frau von der Beck
Herr Werner
Herr Wiegand
Herr Wintermeyer
Herr Zienc

Teilnehmer der Verwaltung

Herr Scholze
Herr Klöter
Herr Kretschmann
Herr Dr. Haardt
Herr Plücker
Herr Manz
Frau Eckhorst
Herr Haumann
Herr Jünemann
Herr Folz
Herr Kallhoff
Herr Schweers
Herr Schmidt

Es fehlten

Herr Krebs

Herr Renger
Herr Richter
Herr Vogt

Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Die Sitzung des Kreistages wurde ab Tagesordnungspunkt 8 durch den stellvertretenden Landrat, Herrn Hans Peter Lassak, geleitet.

1. Einwohnerfragstunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

2. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2002 des Kreises Recklinghausen mit Investitionsprogramm im Rahmen des Haushaltsbuchs und des Haushaltsplans

Einbringung des Entwurfs des Sonderhaushalts 2002 der Israel-Stiftung des Kreises Recklinghausen (Haushaltsplanentwurf 2002)

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Recklinghausen für das Haushaltsjahr 2002 wird mit seinen Anlagen und dem Investitionsprogramm an die Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.

Ebenso wird der Entwurf des Sonderhaushalts der Israel-Stiftung des Kreises Recklinghausen für das Haushaltsjahr 2002 zur Beratung an den Kreisausschuss verwiesen.“

3. Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr Beitritt des Kreises Recklinghausen und Wahl von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für die Verbandsversammlung

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„I. Der Kreis Recklinghausen tritt dem Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr bei.

II. Als ordentliche und stellvertretende Mitglieder für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Olympia Rhein-Ruhr werden gewählt:

Ordentliche Mitglieder Stellvertr. Mitglieder

- | | |
|----------------------|-----------------------|
| 1. Landrat Schnipper | Philippi, Claus Peter |
| 2. Lütkenhaus, Rolf | Renger, Gerd |
| 3. Krebs, Andreas | Knopf, Karin“ |

4. Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster - Teilabschnitt "Emscher-Lippe"

Den Mitgliedern des Kreistages lag eine Zusammenfassung der Änderungsvorschläge zur Stellungnahme vor. Herr Landrat Schnipper ließ zunächst über diese Änderungsvorschläge abstimmen.

Die Änderungsvorschläge bis Seite 14 wurden einstimmig angenommen.

Seite 16

Die Anregung der EWG-Kreistagsfraktion wurde gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Seite 17

Die Anregung der EWG-Kreistagsfraktion wurde gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Seite 23 oben

Die Anregung der EWG-Kreistagsfraktion wurde gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Seite 23 unten

Die Anregung der EWG-Kreistagsfraktion wurde gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Seite 24

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Seite 24

Die Anregung der FDP-Kreistagsgruppe wurde gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Seite 27 oben

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Seite 27 unten

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig angenommen.

Seite 29

Die Anregung der FDP-Kreistagsgruppe wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Seite 31 oben

Der Verwaltungsvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Seite 31 unten

Die Anregung der FDP-Kreistagsgruppe wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Seite 32

Die Anregung der EWG-Kreistagsfraktion wurde gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Seite 34

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Seite 37

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen.

Seite 37

Die Anregung der FDP-Kreistagsgruppe wurde gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Seite 38

Die Anregung der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

In der abschließenden Gesamtabstimmung beschloss der Kreistag einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen:

„Der Kreistag stimmt der Stellungnahme bzw. dem Änderungsvorschlag der Verwaltung zur Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes „Emscher-Lippe“ zu.“

5. Meldung kommunaler Entwicklungsprojekte aus dem Kreis Recklinghausen für die Projekt Ruhr GmbH

Die Mitglieder des Kreistages, Frau Sabine Seibel und Herr Jürgen Siebert, gaben zu Protokoll, dass sie dem Punkt 16 der Projektliste (NewPark) die Zustimmung verweigerten.

Der Antrag der EWG-Kreistagsfraktion vom 11.10.2001 wurde gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Kreistag beschloss gegen eine Stimme:

Die gemeinsam mit den Städten erarbeitete „Prioritätenliste der regionalen Projekte im Kreis Recklinghausen“ (s. Anlage 1) wird für die Aufsichtsratssitzung der Projekt Ruhr GmbH im Dezember gemeldet.

6. Abfallwirtschaft Entsorgungskooperation zwischen dem Kreis Recklinghausen, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, den Städten Bochum, Herne, Remscheid und Wuppertal sowie dem Kommunalverband Ruhrgebiet -KVR

Herr Hückelkamp gab zu Protokoll, die SPD-Kreistagsfraktion halte an ihrer im Kreisausschuss geäußerten Meinung fest, begrüße daher weiterhin den von der

Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag und lehne die vom Kreisausschluss beschlossene Änderung ab.

Der Antrag der FDP-Kreistagsgruppe vom 26.10.2001 wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Kreistag beschloss mit 37 Stimmen gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung:

- „1. Der Kreistag beschließt vorbehaltlich der Klärung der nachfolgenden Fragen und erneuter Beschlussfassung durch den Kreistag den Abschluss der als Anlage 2 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als Grundlage für eine Entsorgungskooperation.

Wird durch einen der an der Kooperation beteiligten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nicht geschlossen, so verhindert dies nicht das Zustandekommen der Kooperation zwischen den übrigen Teilnehmern.

2. Der Kreistag beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der an der Entsorgungskooperation beteiligten Kreise, Städte, des KVR sowie der beauftragten Unternehmen AGR-Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH, USB-Umweltservice Bochum GmbH und AWG –Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal mbH. Diese wird beauftragt, konkrete Vorschläge zur Umsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit folgenden Varianten zu erarbeiten, die rechtlich und betriebswirtschaftlich –auch unter Hinzuziehung externer Berater– zu untersuchen sind:
 - Öffentlich-rechtliche Organisationsformen (Zweckverband, Anstalt)
 - Privatrechtliche Organisationsformen
 - PPP-Modelle.
3. Der Kreistag beschließt, dass die Kooperation offen ist für weitere Kreise und kreisfreie Städte, wobei jedoch der Beitritt der Zustimmung aller an der Kooperation beteiligten Partner bedarf.

Über den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hinaus stehen die Beschlüsse des Kreistages zur Teilnahme an der Entsorgungskooperation unter der Bedingung, dass

- a. Durch KVR /AGR die genehmigte 3. und 4. Siedlungsabfallverbrennungslinie des RZR Herten nicht in die Kooperation eingebracht wird,
- b. die Stadt Bochum langfristig mit einem Standort für eine Entsorgungsanlage (z.B. MBA) zur Kooperation beiträgt und

die im Rahmen der Entsorgungskooperation geplante

vergaberechtsfreie Eigenbeauftragung (Inhousevergabe) rechtlich zulässig ist.“

7. Zukunftsinvestitionen für den Kreis Recklinghausen - Verwendung des noch vorhandenen Erlöses aus dem Verkauf der VEW-Aktien -

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.10.2001 beinhaltet folgenden Beschlussvorschlag:

- „1. Ausgehend von seinen bisherigen Beschlüssen bekräftigt der Kreistag die Zielsetzung, dass die VEW-Erlöse für investive Projekte und Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den Strukturwandel zu fördern, Beschäftigungswirksamkeit zu erzeugen und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern.
2. Das zur Realisierung der Ziele beabsichtigte Instrument, die Gründung der „Gesellschaft zur Förderung des Strukturwandels im Kreis Recklinghausen mbH“, erfolgt nicht. Insoweit werden die Beschlüsse des Kreistages vom 19.03.2001 und vom 25.06.2001, soweit sie die Gründung der GmbH betreffen, aufgehoben.
3. Von den 74 Millionen DM VEW-Erlöse sind bereits 20 Millionen durch Beschlüsse des Kreistages an die Städte zur Verteilung freigegeben worden. Die Verteilung der verbliebenen 54 Millionen DM plus Zinsen erfolgt nach den Berechnungsgrundlagen für die Kreisumlage an die Städte.“

Auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion erfolgte über den Antrag geheime Abstimmung.

Der Antrag wurde mit

33 Ja-Stimmen

35 Nein-Stimmen

und einer Stimmenthaltung

abgelehnt.

Eine Stimme war ungültig.

Der Antrag der FDP-Kreistagsgruppe vom 26.10.2001 beinhaltet folgenden Beschlussvorschlag:

„Der gesamte noch vorhandene Erlös aus dem Verkauf der VEW-Aktien wird nach dem Schlüssel der Kreisumlage direkt und damit ohne Hinzuziehung einer Vergabekommission an die Städte im Kreis Recklinghausen ausgezahlt.

Der Kreis appelliert an die Städte, die so zugewiesenen finanziellen Mittel für arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzschaffende Zukunftsinvestitionen zu verwenden und/oder vor allem im Bereich der Schulbausanierung einzusetzen.“

Der Antrag wurde mit 37 Stimmen gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Der Kreistag beschloss mit 37 Stimmen gegen 32 Stimmen

- „1. Ausgehend von seinen bisherigen Beschlüssen bekräftigt der Kreistag die Zielsetzung, dass die VEW-Erlöse für investive Projekte und Maßnahmen verwendet werden, die geeignet sind, den Strukturwandel zu fördern, Beschäftigungswirksamkeit zu erzeugen und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern.
2. Das zur Realisierung der Ziele beabsichtigte Instrument, die Gründung der “Gesellschaft zur Förderung des Strukturwandels im Kreis Recklinghausen mbH”, erfolgt derzeit nicht. Insoweit werden die Beschlüsse des Kreistages vom 19.03.2001 und vom 25.06.2001 aufgehoben.
3. Die noch verfügbaren Mittel werden als zweckgebundene Rücklage durch den Kreis verwaltet. Die im Zeitablauf anfallenden Zinsen fließen dieser Rücklage zu.
4. Vierzig Millionen des noch zur Verfügung stehenden Kapitals und die daraus entstehenden Zinserträge werden für Projekte und Maßnahmen in den 10 Städten budgetiert. Maßstab der Budgetierung ist die Umlagenmaßstab, der der Kreisumlageberechnung entspricht.
5. Der Restbetrag und die daraus entstehenden Zinserträge stehen dem Kreis direkt für nicht standortgebundene Projekte, Maßnahmen und Entwicklungen zur Verfügung.
6. Über die Förderfähigkeit nach Art und Höhe entscheidet eine vom Kreistag einzusetzende Vergabekommission. Es gelten die “Grundsätze und Richtlinien zur Förderung des Strukturwandels im Kreis Recklinghausen”, die Bestandteil dieses Beschlusses sind (Anlage). Der Vergabekommission steht es jederzeit frei, den Antragsteller und weitere Sachverständige beizuziehen.“

8. Beitritt des Kreises zum 'ELGO!' Emscher-Lippe Gründungsnetzwerk e.V.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

- „1. Der Kreis Recklinghausen tritt der „ELGO!“ Emscher-Lippe Gründungsnetzwerk e.V. bei.
2. Der Kreis leistet einen Mitgliedsbeitrag von jährlich maximal 45.500 €. Mit dem Beitritt von Dritten, wie z. B. den Sparkassen, wird der Mitgliedsbeitrag und Stimmenanteil des Kreises auf bis zu 15.000 € gesenkt.
3. Die derzeitigen Mitarbeiterinnen der Agentur zur Förderung von Existenzgründung im Emscher-Lippe Raum (AXEL) werden von „ELGO!“ Emscher-Lippe Gründungsnetzwerk e.V. übernommen. Der Kreis räumt den Mitarbeiterinnen ein Recht zur Rückkehr zum Kreis ein, falls der Verein entgegen der Erwartungen das Personal langfristig nicht finanzieren kann.“

9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 82 GO

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle
1.900.8320.9 - Landschaftsumlage - in Höhe von 7.431.700,01
DM wird zugestimmt.“

10. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 19.09.2001 - Südliche Ortsumgehung der Stadt Waltrop K 12n -

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Nach Beendigung der Umweltverträglichkeitsstudie ist die weitere Planung der K 12n einzustellen. Somit fließt die K 12n nicht in die Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt „Emscher-Lippe“, ein und ist damit nicht weiter Bestandteil der Stellungnahme der Verwaltung zur Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplans. Dementsprechend wird sie nicht mehr Bestandteil des Investitionsprogramms in den kommenden Haushalten des Kreises Recklinghausen sein.“

11. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.09.2001 - Betreuung von PC/PC-Netzwerken in den Schulen des Kreises -

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Schulausschuss verwiesen.“

12. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.09.2001
- Beteiligung der Politik im Bereich E-Government -

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, inwieweit die Politik effektiver in das Zukunftsprojekt E-Government eingebunden werden kann und wie dabei ein Zusammenspiel mit bereits bestehenden Gremien (z.B. EDV-Kommission des Kreises) aussehen könnte.“

13. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.09.2001
- Einrichtung eines Beirats für E-Government/IT -

In Hinblick auf den zu Tagesordnungspunkt 12 gefassten Beschluss verzichtete die SPD-Kreistagsfraktion auf eine Abstimmung über ihren Antrag vom 28.09.2001.

14. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 12.10.2001
- Organisation eines eintägigen Jugend-Hearings durch die Verwaltung -

Auf Grund des Änderungsantrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beschloss der Kreistag einstimmig:

„Der Kreis führt in der 1. Jahreshälfte des Jahres 2002 eine eintägige Veranstaltung für Jugendliche zum Thema „Politik hört zu“ durch.
Die Verwaltung wird beauftragt, diese Veranstaltung konzeptionell zu entwickeln und organisatorisch vorzubereiten. Die Ergebnisse der Überlegungen liegen dem Kreisausschuss bis spätestens 12.03.2002 vor.“

15. Anfragen

lagen nicht vor.

16. Mitteilungen

lagen nicht vor.

Die Sitzung des Kreistages wurde um 13.20 Uhr nichtöffentlich fortgesetzt.

